

Resolution

Inklusion braucht Verlässlichkeit und Ressourcen!

Das Land Hessen ist verpflichtet, die UN-Behindertenkonvention zur inklusiven Bildung umzusetzen. Dennoch hat die Landesregierung jetzt einen Verordnungsentwurf zur sonderpädagogischen Förderung vorgelegt, der sogar weit hinter die bislang erreichten Standards für den Gemeinsamen Unterricht zurückfällt.

Wir wollen, dass Inklusion gelingt!

Dazu

- ➔ ist eine ausreichende Personalversorgung — ohne Haushaltsvorbehalt — sicherzustellen, die nicht hinter die in der Verordnung zum Gemeinsamen Unterricht vom 17.5.2006 festgelegten Standards zurückfällt.
- ➔ brauchen die Schulen inklusive, multiprofessionelle Kollegien und Teams. Förderschullehrkräfte, wie auch sozialpädagogische und therapeutische Fachkräfte müssen Teil des Schulkollegiums sein.
- ➔ müssen Klassenobergrenzen von Inklusionsklassen mindestens auf dem bisherigen Stand festgeschrieben werden.
- ➔ müssen umfassende Angebote und ausreichend Zeit für Fortbildung vorhanden sein.
- ➔ müssen die Standorte, in denen Inklusion bisher erfolgreich praktiziert wird, erhalten bleiben und ihre bewährten Konzepte weiterentwickelt werden.
- ➔ muss eine zügige Arbeit der Förderausschüsse gewährleistet sein.

Wir fordern daher die Landesregierung auf, ihren Verordnungsentwurf zurückzuziehen und eine Verordnung vorzulegen, die diese grundlegenden Voraussetzungen für gelingende Inklusion gewährleistet.

Name	Anschrift/Schule	Unterschrift

Name	Anschrift/Schule	Unterschrift